

Kurzinformationen

Am 7. Februar wurde in Rom die **neue Ordnung der Bußliturgie** („*Ordo paenitentiae*“) veröffentlicht. Sie sieht drei Formen des Bußsakramentes vor: 1. Die Einzelbeichte mit folgenden Elementen: Begrüßung durch den Beichtvater, fakultative Schriftlesung, Sündenbekenntnis, Beichtgespräch, Bußaufgabe und Reuegebet. 2. Gemeinschaftliche Feier des Bußsakramentes mit Einzelbekenntnis und persönlicher Lossprechung, eingebettet in einen Wortgottesdienst. 3. Gemeinschaftliche Feier des Bußsakramentes mit allgemeinem Sündenbekenntnis und Generalabsolution. Die Einzelbeichte bleibt der „ordentliche Weg“ der Sündenvergebung. Die letztgenannte dritte Form bleibt strikt an die von den „seelsorglichen Richtlinien“ für die Erteilung der sakramentalen Generalabsolution der Glaubenskongregation vom 16. Juni 1972 gebunden (vgl. HK, Aug. 1972, 393 ff.). Außer einer einheitlichen Absolutionsformel bemüht sich die neue Ordnung um eine große Breite ritueller Variation mit weitgehenden Anpassungsmöglichkeiten an die lokalen bzw. regionalen Verhältnisse. Größere Aufgeschlossenheit als die „Richtlinien“ der Glaubenskongregation zeigt die neue Bußordnung — die das Wort Beichte vermeidet und dafür sich stärker auf den Ausdruck „Versöhnung“ festlegt, aber sich zur wohl sachgemäßerer Sprachregelung der „Vergebung“ nicht entschließen konnte — für nichtsakramentale Bußgottesdienste. In einem eigenen Anhang werden acht verschiedene Modelle von nicht sakramentalen Bußgottesdiensten (u. a. für Kinder, Jugendliche und Kranke) vorgestellt. In einem weiteren Appendix findet sich ein katechetisches Modell für die Gewissensforschung, das zwar manches fragwürdig aus alten Beichtspiegeln weiter tradiert, aber insgesamt mit stärkerer sozialer Akzentsetzung ein realistischeres und realitätsnäheres Sünden- und Schuldbewußtsein widerspiegelt.

Ein **rapider Rückgang des Priesternachwuchses in den USA** in den vergangenen sechs Jahren hat die Katholiken der Vereinigten Staaten und die Verantwortlichen der Hierarchie aufhorchen lassen. Entgegen teilweise bisher verbreiteter optimistischer Prognose konnte das „Center for Applied Research in the Apostolate“ (CARA) Ende Januar genaue statistische Angaben vorlegen (NCNS, 25. 1. 74), die das Gegenteil beweisen. Demnach nahm die Zahl der Theologiestudenten und Priesterkandidaten vom Schuljahr 1967/68 bis zum Schuljahr 1973/74 um 55 % — allein im vergangenen Jahr um 11 % — ab, d. h. anstatt der 38 327 Anwärter von sechs Jahren gibt es jetzt nur noch 17 334. Besonders beunruhigend ist der Rückgang auf der College-Ebene. Während 1967 das Verhältnis von College-Studenten, die Priester werden wollten, zu Seminaristen fünf zu drei lautete, sank in diesem Jahr erstmals die Zahl der Studenten unter die der Seminaristen. Allerdings geben diese zuletzt genannten Zahlen nicht unbedingt die Realität wieder, da neuerdings verstärkt der Trend zu beobachten ist, daß Studenten, die Priester werden möchten, zunächst Colleges außerhalb des Zusammenhaltes mit einem Seminar besuchen und sich erst später melden. Derzeit rechnet man mit ca. 400 solcher Studenten. Doch selbst diese Zahl ändert nichts an dem Gesamtbild des Trends. In dem von CARA Ende Januar der Öffentlichkeit vorgelegten Bericht (NCNS, 28. 1. 74) werden auch Mutmaßungen über die Gründe des Rückganges angestellt: Überfluß in der amerikanischen Gesellschaft, Zerstörung des katholischen

Familienlebens, falsches oder ungewisses Bild von der Kirche und dem Priestertum heute, Zölibat, Unzufriedenheit der Priester — nicht mit den Seminaren, sondern ihrem eigenen Beruf — mit der Folge, daß sie immer seltener jungen Menschen den Priesterberuf empfehlen, Versagen der Bischöfe oder Diözesen, sich ernsthaft um Nachwuchswerbung zu kümmern. Den beiden letzten Punkten räumen die Autoren der Untersuchung die größte Bedeutung ein. Die soeben vollzogene Gründung eines eigenen Komitees der US-Bischöfe für priesterliches Leben und Amt (NCNS, 24. 1. 74) könnte ein erster Versuch sein, in dieser Richtung Abhilfe zu schaffen. Auch auf einer anderen Ebene werden neue Aktivitäten erwartet. Mehr als bisher soll sich die Kirche nach Meinung einzelner diözesaner Priesterräte der USA um die Gewinnung und Ausbildung von Priesterkandidaten aus den Reihen ethnischer Minoritäten kümmern, die bisher kaum berücksichtigt worden sind. Die Delegiertenkonferenz der nationalen amerikanischen Schwestern-Organisationen dagegen forderte auf ihrer jüngsten Sitzung im Januar in San Antonio, Texas, erneut die Öffnung aller kirchlichen Ämter auch für Frauen.

Eine **„Erklärung zur Gewissensbildung“** wurde am 12. Dezember 1973 von den Bischöfen Kanadas veröffentlicht. Dieses Dokument hat eine lange und anscheinend schwierige Entstehungsgeschichte hinter sich. Erstmals angekündigt wurde es bereits 1968 nach der Veröffentlichung einer Stellungnahme der kanadischen Bischöfe zur Enzyklika „*Humanae Vitae*“. Über der gesamten Aussage steht die grundsätzliche Feststellung, daß man, wenn man „seinem Gewissen folgen“ und Katholik bleiben will, zuerst die Aussagen des Lehramtes in Rechnung stellen muß: „Für einen Katholiken bedeutet deshalb, dem Gewissen zu folgen, also nicht einfach so zu handeln wie es der führungslose Verstand diktiert“, heißt es wörtlich. Die Bischöfe erklären Gewissen als „jenes letzte Urteil, das sich jeder darüber bilden soll, ob diese oder jene Handlung für ihn akzeptabel ist, ohne die Prinzipien zu verletzen, die er als Leitlinien seines Lebens zuzulassen bereit ist. Wenn er gegen diese Prinzipien verstößt, handelt er gegen sein Gewissen.“ Mit dieser Definition wenden sie sich gegen die Anschauung, Gewissen sei eine „leise Stimme“, die durch „irgendeinen mysteriösen Mechanismus in uns geweckt wird, sobald wir eine praktische Entscheidung zu fällen haben. Für zweifelhafte Fälle, in denen die Meinung (das Gewissen) des einzelnen und die des Lehramtes in Konflikt geraten, liegt nach Aussagen der Bischöfe „die Wahrscheinlichkeit der Wahrheit“ auf seiten des Lehramtes. Sie erwarten „religiöse Unterordnung“ von Meinung und Willen unter die authentische Lehrautorität des Papstes — selbst wenn er nicht ex cathedra spricht, sondern die Autorität seines Amtes für die Definition einer Glauben und Moral betreffenden Doktrin ausübt, die von der ganzen Kirche verbindlich aufgenommen werden soll. Solche päpstlichen Äußerungen müßten streng getrennt werden von der Lehre einzelner Theologen oder Priester, so intelligent und überzeugend sie auch klingen mögen (NCNS, 12. 12. 73). Eine Reihe von Veränderungen, die in der modernen Geschichte stattgefunden haben, werden als Gründe herangezogen für die heute vielfach zu beobachtende Verwirrung unter vielen Katholiken. Die Bischöfe glauben, daß zu dieser Verwirrung u. a. die Vorstellung beigetra-

gen habe, etwas sei moralisch, wenn es legal sei. Auch die weitverbreitete sexuelle Freizügigkeit, individualistische Ethikauffassungen, wirtschaftliche Ungleichheiten, Entpersönlichung der Gesellschaft und die Ausbeutung des Menschen machen sie für diese Erscheinung verantwortlich. Ein Akt des Gewissens sei sicherlich eine individuelle Sache, doch müsse er auf gewissen angenommenen Prinzipien und Positionen beruhen. Deshalb sei es die Pflicht jedes Einzelnen, sich um die notwendige Information und Haltung als Garanten für eine richtige Entscheidung zu bemühen... Gewissensbildung halten sie für eine niemals endende Suche. Aus der Bibel sei z. B. eine ganze Reihe von Idealen, Regeln und Beispielen zu entnehmen. Für einen Gläubigen besteht danach die absolute Verpflichtung, sein Verhalten in allererster Linie mit der Lehre der Kirche in Einklang zu bringen, weil für den Gläubigen zuerst das Faktum ausschlaggebend ist, „daß Christus, durch Seinen Geist, immer in Seiner Kirche anwesend ist“. Bei der Abgrenzung der Gewissensentscheidung gegenüber dem Gesetz räumen die Bischöfe Kanadas dem Gesetz, solange es von einer legitimierten Autorität stammt und die Übereinstimmung mit dem göttlichen Gesetz steht, ein, daß es bei jeder moralischen Handlung beachtet werden müsse. Abschließend versichern die Bischöfe, sie hätten sich bemüht, jeden Legalismus zu vermeiden. Statt dessen wollten sie mit ihrer Erklärung nur „gewisse pastorale Leitlinien“ bieten.

Eine Deklaration der Bischofskonferenz von Vietnam anlässlich des ersten Jahrestages der Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens wurde am 10. Januar zum Abschluß einer dreitägigen Konferenz veröffentlicht. Im Hinblick auf das Heilige Jahr, mit dessen Vorbereitungen man bereits in allen Diözesen Südvietnams begonnen hat, setzten die Bischöfe als Schwerpunkte die Themen Frieden und Versöhnung. Nichts braucht gerade das geteilte und vom Krieg verwüstete Land augenblicklich mehr. Trotz der vor einem Jahr aufgekommenen Hoffnung auf ein Ende des schrecklichen Krieges müssen die Bischöfe nun feststellen, daß der Krieg weitergeht. Deshalb rufen sie an erster Stelle die Regierungen von Nord und Süd auf, zur gleichen Zeit jede kriegsartige Aktivität einzustellen und der Verleumdung und dem Haß ein Ende zu setzen. Dies sind ihrer Meinung nach unabdingbare Voraussetzungen für eine echte Versöhnung und für die dringend notwendige Aufgabe „des Wiederaufbaues und der Entwicklung der Nation in friedlicher Koexistenz der beiden Bruderländer und angesichts des Ziels der Wiedervereinigung des Vaterlandes durch eine allgemeine wirklich freie und demokratische Wahl“. Als konkrete erste Maßnahmen für die Überwindung der Vorurteile und die Beseitigung der Hindernisse für die Verständigung empfehlen die Bischöfe die Freilassung aller politischen und zivilen Gefangenen, die Erlaubnis für Vertreter des Roten Kreuzes, sich völlig frei in beiden Zonen zu bewegen, um z. B. den Gefangenen humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, und schließlich die Freigabe des Briefverkehrs zwischen den getrennten Familien in den beiden Lagern und spätere Möglichkeit einer Familienzusammenführung. Von der Regierung Nordvietnams erwarten die Bischöfe wahre Freiheit für die verschiedenen auf ihrem Territorium bestehenden religiösen Gemeinschaften und Milde für die wegen politischer oder religiöser Aktivitäten Verhafteten. Für die katholische Kirche im besonderen erbitten sie die Möglichkeit, daß alle Gläubigen sowohl ihren Glauben praktizieren als auch offen bekennen und daß die Priester und Ordensleute frei ihre pastoralen Funktionen ausüben können. Außerdem setzen sie sich für die Wiedereröffnung aller Semi-

nare ein, damit den Priesteramtskandidaten eine Ausbildung geboten werden kann, die sowohl „an ihre Vorstellung vom Leben angepaßt ist als auch im Einklang mit den Lehren der katholischen Kirche steht“. Für die Bischöfe des Nordens wünschen sie eine Wiederaufnahme des abgebrochenen Kontaktes sowohl mit der Bischofskonferenz im Süden als auch mit Rom. Eine zweite Wunschliste geht an die Regierung von Südvietnam. Von ihr erwartet man in erster Linie eine Liberalisierung der politischen Aktivitäten und „in dem Maße, wie es Ordnung und öffentliche Sicherheit erlauben“, eine Amnestie für die politischen Gefangenen. Weitere Maßnahmen fordern sie im Kampf gegen die Korruption und für die Verbesserung der Situation der Arbeiterklasse. Nur durch gemeinsame Anstrengungen aller könnte auf der politischen und sozialen Ebene wirklich Versöhnung erreicht werden.

Versöhnung ist das beherrschende Thema von Botschaften der Bischöfe Rhodesiens und von Ruanda/Burundi. Anlässlich des Heiligen Jahres kommen die beiden Bischofskonferenzen in konkreter Weise auf die durch Rassendiskriminierung bzw. Stammesfehden geprägte Situation ihrer Länder zu sprechen. Schärfer als je zuvor kritisieren die sechs Bischöfe Rhodesiens die Vorgänge in ihrem Staat: „Sicherheit und Frieden des Landes sind bedroht und sein Wohlstand in zunehmendem Maße gefährdet. Immer mehr fehlt es an Verständigung zwischen den Rassen. Wir können ehrlich dankbar sein, daß noch kein offener Rassenhaß in Rhodesien herrscht.“ Gegenseitiges Mißtrauen und zunehmende Ungeduld seien jedoch nicht mehr zu übersehen. Ein Großteil der Schuld fällt nach Meinung der Bischöfe auf die gegenwärtige Staatsführung. Nur eine radikale Änderung der Politik kann noch Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden geben. Als vordringliche Probleme, die angefaßt werden müssen, werden genannt: Beseitigung der Diskriminierung aus Erwägungen der Rasse, Garantie der Gleichheit der Möglichkeiten, gebührende Vertretung aller im Parlament, Beseitigung des Vorbehalts von Posten für bestimmte Gruppen, ernsthafter Beginn einer wirklichen Landreform, gerechtere Verteilung und entsprechende Kontrolle der Güter. Dies sind nach Aussagen der Bischöfe „vernünftige Forderungen. Es sind Forderungen elementarer Gerechtigkeit.“ Im Grunde sei das Problem Rhodesiens nicht so sehr ein Problem der Hautfarbe, sondern der politischen und wirtschaftlichen Macht. Eine Umkehr und Versöhnung könne jetzt nur durch „eine vollständige Bekehrung des Herzens und eine gründliche Reform der Gesellschaft“ erreicht werden. Mit Einschüchterung und Anwendung körperlicher Gewalt könne nichts Bleibendes und Gutes geschaffen werden. Als schwierige Hindernisse bei der Verwirklichung des angestrebten Ziels einer Änderung der Gesellschaft und des Abbaus des Egoismus sehen sie die ausschließliche Kontrolle der Nachrichtenmedien durch den Staat, willkürliche Verhaftungen, Freiheitsbeschränkung oder Einkerkelung ohne Gerichtsverfahren von Kritikern des gegenwärtigen Regimes und die Bespitzelung an. An zwei weiteren konkreten Beispielen machen sie deutlich, in welcher Weise die gegenwärtige Regierung versucht, ihren Stand zu behaupten und kritische Gruppen auszuschalten. Sie äußern ihre Besorgnis über die zunehmende Zahl von Fällen, in denen Missionaren die Aufenthaltsgenehmigung verwehrt wird, und nennen den kürzlich gemachten Vorschlag der Regierung, Tausende von neuen europäischen Emigranten ins Land zu holen, „ein bezeichnendes Beispiel von Gefühllosigkeit für das Empfinden der afrikanischen Bevölkerung, die darüber zutiefst empört ist“. — Die Bischöfe von

Ruanda und Burundi, die sich nach zwei Jahren erstmals wieder trafen, zogen Bilanz der blutigen Unruhen in ihren Ländern. Sie führen sie auf „Rassismus, Unterentwicklung und ein nicht richtig verstandenes und von den grundlegenden Qualitäten des Glaubens, der Nächstenliebe und Gerechtigkeit beraubtes Christentum“ zurück. Mißtrauen, Furcht, Verbitterung und Rachegefühle seien die Folge der schrecklichen Ereignisse. Wichtigste Aufgabe der Kirche sei es, die Wurzeln dieses Übels auszurotten. So schwer es selbst für den einzelnen, oft persönlich be-

troffenen Bischof sei, so bleibe nur der Beginn der Umkehr gerade bei der Hierarchie, wenn man überhaupt Erfolge haben möchte. Versöhnung und Sorge für die Witwen, Waisen und Flüchtlinge werden als Prüfsteine für die Kirche angesehen. Vergebung und Liebe müßten mehr als je zuvor im Vordergrund der kirchlichen Lehre stehen. Jeder, der sich für das Gegenteil einsetzt — sei er Priester, Bruder, Schwester, Katechist oder politischer Propagandist —, müsse als „Zerstörer und Feind des Gemeinwohls“ angesehen werden.

Bücher

FEDER, ERNEST, *Agrarstruktur und Unterentwicklung in Lateinamerika*. EVA Frankfurt 1973, 307 S., 23.— DM.

Dieses Buch — eine Übersetzung aus dem Amerikanischen — muß Aufsehen erregen. Für die Beschreibung der materiellen Lage von 86 Mill. Bauern zieht es gesicherte und neue Statistiken und Felduntersuchungen heran, deckt aber gleichzeitig auch die massiven Interessen auf, die die Elite der Grundherren an der sozialen und ökonomischen Situation der Landwirtschaft, an der veralteten Technologie und an dem ständigen Überangebot an Arbeitskräften hat. So wird das Buch die Diskussion um eine „eliteorientierte“ oder eine „bauernorientierte“ Strategie der landwirtschaftlichen Entwicklung neu beleben.

Der erste Teil des Buches gibt eine Beschreibung des Latifundien-Systems, seiner Kennzeichen und Funktionsweisen. Die Indikatoren Vermögens- und Einkommensverteilung, Lebensstandard, Arbeitslosigkeit mit ihren Erscheinungen beleuchten die Situation der „ländlichen Armut“, vornehmlich aus der Sicht der Bauern. Es folgt eine Darstellung der Formen der Bodenverteilung und Bodennutzung sowie deren Zusammenhang mit der Beschäftigung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte: „Wir wollen zeigen, daß die Bauern bestenfalls nur unter ungünstigen Bedingungen Zugang zu Bodenbesitz haben, und daß die Art und Weise, wie das meiste Farmland genutzt wird, die Erhöhung des Beschäftigungsniveaus stark behindert“ (S. 57).

Im zweiten Teil versucht der Autor eine Diagnose der landwirtschaftlichen Situation. Sein Fazit: „Zum größten Teil wird die Macht für die Aufrechterhaltung des Status quo sowohl in bezug auf die Verteilung der physischen Ressourcen als auch in bezug auf die Machtlosigkeit des campesinato eingesetzt. Daher lassen sich landwirtschaftliche Entwicklung und Latifundien-System offenbar nicht miteinander vereinbaren“ (S. 181). Dieser Frage geht der Autor im vierten Teil — nachdem er die Landreformen der sechziger Jahre in Lateinamerika einschließlich ihrer „Gegenbewegungen“ behandelt hat — nach. Er meint, daß die bisherige technologisch-ökonomische Entwicklungspolitik auf dem ländlichen Sektor die Ungleichgewichte noch verschärft hat. „Wir können sogar sagen, daß in der jüngsten Vergangenheit, seit Reformen und Technokraten um den richtigen Weg des Fortschrittes kämpfen, das Vordringen von Wissenschaft und Technologie in der lateinamerikanischen Landwirtschaft die Un-

gleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung, die landwirtschaftliche Arbeitslosigkeit, die Verbitterung der Bauern und die Möglichkeit gewaltsamer Klassenkonflikte bereits drastisch erhöht hat“ (S. 306). Die Zukunft des Latifundien-Systems sieht Feder als das Resultat zweier entgegengesetzter Tendenzen: „Ein kleiner, aber allmählich wachsender Sektor wird sich weiter auf kommerzielle Landwirtschaft, auf den Einsatz moderner Maschinen und Methoden des Farmmanagement sowie einer steigenden Zahl von Saison-(Teilzeit-) und Wanderarbeitern konzentrieren. Dieser Sektor wird einen wachsenden Teil der landwirtschaftlichen Erzeugung sowohl für den Export wie auch für den inländischen Konsum erstellen und dank staatlicher Subventionen, Preisstützungen, niedriger Löhne und all der anderen Vorteile, die mit zunehmender Verbreitung von Wissenschaft und Technologie einhergehen, immer höhere Profite erzielen. Dieser kleine Sektor wird dann ein technokratisches Latifundien-System bilden, in dem die Eigentümer die Vorzüge beider Welten genießen: die Vorteile der Modernisierung und die Vorteile eines Arbeitskräfteüberschusses . . . Doch das Latifundien-System als Ganzes bleibt eine Landwirtschaft der Arbeitslosigkeit, und wir dürfen von dem verstärkten Einsatz von Wissenschaft und Technologie keineswegs eine spürbare Verbesserung der Leistungsfähigkeit des gesamten Agrarsektors erwarten“ (S. 306 f.).

Die Hauptthese des Buches ist, daß jeder soziale und ökonomische Fortschritt für die breite Mehrheit der lateinamerikanischen Bauern nur mit der kompromißlosen Beseitigung des „Latifundismo“ beginnen kann. Es ist eine radikale Landreform erforderlich, die sich auf die aktive Mitarbeit der Bauern selber stützt. — So naheliegend diese These ist, wenn man die bisherigen weithin vergeblichen Versuche der Agrarreform in den meisten Ländern Lateinamerikas anschaut, so problematisch ist die Realisierung dieser Zielvorstellung im Bereich der anzuwendenden und durchzusetzenden Maßnahmen. Die bisherigen Erfahrungen dürften mit hinreichender Deutlichkeit gezeigt haben, daß eine Veränderung der Agrarstruktur durch eine noch so radikale Agrarreform zwar eine notwendige, jedoch noch keine hinreichende Bedingung für die Überwindung der landwirtschaftlichen Unterentwicklung in Lateinamerika darstellt. Und es bleibt offen, ob eine Agrarreform eine grundlegende Veränderung der ökonomischen, sozialen und politischen Machtver-